OSI▷ZEITUNG

Studierendenzeitung des Otto-Suhr-Instituts, 6. Ausgabe, Juli 2008

Verschwundene Bücher
Wie die OSI-Bib um ihre Eigenständigkeit kämpft
Seite 6

Billige Kräfte
Viele OSI-Dozierende lehren für lau
Seite 9

Vermeintliche Zwänge
Bodo Zeuner über Studierende '68 und heute
Seite 14

Unliebsame Meinungen
Wie der AStA das StuPa demontiert
Seite 18



„Jetzt kommen Sie schon!"

Das Ende der Ideen

Der neue Strukturplan schafft zwei neue IB-Professuren und macht Ideengeschichte zur Juniorprofessur

von Marcel Heberlein und Gerrit Horak

▷ Am 4. Juni hat der Fachbereichsrat einen neuen Strukturplan für das Otto-Suhr-Institut verabschiedet. Strukturplan. Das Wort klingt so aufregend wie ein Stück Wellpappe. Doch der Schein trügt. Die Wellpappe ist das vielleicht wichtigste Verpackungsmaterial der Welt. Ganz so wichtig ist der neue OSI-Strukturplan nicht. Aber er verpackt einen Gutteil der Zukunft des Instituts: Welche Stellen wird es geben? Welche werden umgewidmet, neu geschaffen oder gestrichen? Kurz: Der Strukturplan gibt die Richtung vor, in die das OSI marschieren soll.

Dekanin Barbara Riedmüller hat den Plan ausgearbeitet und mit dem Präsidium ausgehandelt, das die Mittel bereitstellen muss. Sie hat klare Vorstellungen von der zukünftigen Marschrichtung: Zwei neue Vollprofessuren sollen geschaffen werden. Für „Vergleichende Politikwissenschaft und empirische Friedensforschung" und „Vergleichende Politikwissenschaft und Sicherheitspolitik". Gleichzeitig wird der Bereich Ideengeschichte auf eine Juniorprofessur zurechtgestutzt, die spätestens alle fünf Jahre neu besetzt wird. Der alte Plan hatte noch eine W3-Stelle vorgesehen. W3 ist die höchstmögliche Besoldungsstufe, wissenschaftliche Mitarbeiter gibts obendrein.

Was das heißt, ist für Professor Hajo Funke klar: „Es geht hier um eine erhebliche Verringerung des Theorieanteils. Die Bedeutung ▷▷

Manöverkritik

EIN KOMMENTAR VON GERRIT HORAK

▷ Am OSI raucht der Buschfunk. Flyer fliegen, Plakate prangen. Was ist passiert? Das Präsidium hat bestimmt wieder einen bösen Coup gelandet. Mindestens die Vernichtung des Abendlandes steht auf dem Programm, wenn nicht sogar die vorzeitige Abschaffung des Diploms am OSI. Denn, so die Hiobsbotschaft: Die Zulassungszahlen für das Diplom sollen im kommenden Wintersemester auf null gesetzt werden. Das wäre, so schallte es allerorts am Institut, ja dann wohl der Todesstoß für den Lieblingsstudiengang aller Geisteswissenschaftler. „Im Gegenteil!", geben die Architekten dieser ruchlosen Konspiration aus dem Dekanat zurück. Man müsse dem Druck von Präsidium und Landesregierung wenigstens zeitweise nachgeben. Ein Jahr aussetzen, zwei gewinnen? Guerillataktik von Frau von Oppeln, ein trojanisches Pferd von Herrn Massing? Auf jeden Fall lautet die Devise offenbar: Erst schießen, dann fragen. Denn so dilettantisch der Versuch anmutet, das Diplom zu retten, indem man es zeitweise abschafft, so überzogen sind die Anschuldigungen, ausgerechnet das Dekanat arbeite zielgerichtet auf die Zerstörung des Studiengangs hin. □

Inhalt

Idealistenpack
Eine Subjektive Betrachtung der Unipolitik
Seite 4

Sag mir wo die Bücher sind...
Die OSI-Bibliothek kämpft um ihre Eigenständigkeit
Seite 6

Wenn alle nur das Beste wollen
Wie das Insitut das Diplom retten will
Seite 8

Lehre für lau
Die Situation der Lehrbeauftragten am OSI
Seite 9

Kein Nachschub aus der Denkfabrik
Die Erben der 68er protestieren an der FU
Seite 12

„Verwertbare Ausbildung steht im Vordergrund"
Prof. Bodo Zeuner über die 68er und heutige Studentenproteste
Seite 14

Standortbestimmungen...
JuSos und LHG kritisieren das Protestsemester
Seite 16

Der Fachbereichsrat
Teil 6 der Gremienerläuterung
Seite 17

Vive la Farce
Der AStA tendiert dazu, unliebsame Meinungen einzudämmen
Seite 18

dieses Vorgangs kann nicht überschätzt werden." Frau Riedmüller lässt diesen Einwand nicht gelten. Was Herr Funke dazu sage, sei ihr egal. Auch eine Juniorprofessur könne theoretisch gut ausgestattet werden. Alles hänge von den Menschen, die sich bewerben würden, ab. Fakt ist jedoch: Eine Juniorprofessur ist deutlich schlechter bezahlt, die Ausstattung in der Regel nicht vergleichbar mit einer dauerhaften Stelle. Funke fasst es so zusammen: „Aus zwei Professuren sind 1,5 geworden."

„Es ist für mich keine Politikwissenschaft mehr, wenn nicht alle vier Grundpfeiler gleich stark vorhanden sind: Das sind Internationale Beziehungen, System der BRD und Regionale Politikanalyse und Theorie", sagt Rima Hussein, studentische Vertreterin im Fachbereichsrat. Mit dieser Haltung ist sie nicht allein. Auch die „Sektion für Politische Theorie und Ideengeschichte in der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft" fühlte sich zu einem kritischen Statement genötigt. „Mit Sorge" verfolge man die Entwicklung des Strukturplans am Otto-Suhr-Institut, heißt in einem offenen Brief an die Dekanin des Fachbereichs. Die Herabstufung der traditionsreichen Professur für Ideengeschichte stehe „im Gegensatz zum traditionellen, grundlagenorientierten Verständnis der Politikwissenschaft" am OSI. Der Strukturplan gefährde die „Vollständigkeit der Ausbildung" und führe zu einer „Marginalisierung der Politischen Theorie". Damit werde die Politikwissenschaft insgesamt geschwächt.

Auch die studentische Fachschaftsinitiative am OSI (FSI), seit jeher Gegner von Profilbildungen, sieht sich durch den Strukturplan bestätigt. Alles am OSI werde auf IB und den Sonderforschungsbereich (SFB) „Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit" zugeschnitten. „Das OSI wird zum Governance-Institut", heißt es in einem Protestaufruf der FSI.

Mit dem Begriff 'Governance-Institut' kann Barbara Riedmüller wenig anfangen. Die Lehre vom politischen Handeln, etwas anderes meine „Governance" nicht, erklärte sie im Gespräch mit der OSI-Zeitung. Die Empörung über den Strukturplan kann sie nicht nachvollziehen. Das studentische Interesse an Studienangelegenheiten sei in den letzten Jahren mehr als gering gewesen. Auch das Interesse an Ideengeschichte entspreche nicht der Wirklichkeit. Vielmehr sei der Strukturplan ein guter Anlass für Studierende, Politik zu machen. Anders als ihr selbst gehe es den Studis jedoch nicht um die Zukunft des Instituts. Sie seien parteilich gegen den Sonderforschungsbereich. Ihre Entscheidungen und ihrer Kollegen lägen im besten Interesse der Zukunft des Instituts. Und diese Entscheidung sehe nun mal eine Sicherung des Sonderforschungsbereiches vor. Diesen will sie erhalten. Von einem Ausbau des SFB könne dagegen keine Rede sein, denn die beiden Dozenten seien ja bereits am OSI.

Die beiden Dozenten, das sind Sven Chojnacki, Juniorprofessor für Friedens-und Konfliktforschung einerseits und Christoph Zürcher, befristeter Professor für Governance und Konfliktforschung, andererseits. Die neugeschaffenen Stellen sind passgenau auf sie zugeschnitten. Beide sind fest im SFB verankert. Beiden liegen gut dotierte Angebote von anderen Universitäten vor. Will das OSI sie halten, muss es ihnen wenigstens gleiche Konditionen bieten. Im Klartext: Dauerhafte Professorenstellen mit ordentlicher Ausstattung. Da nicht unbegrenzt Geld vorhanden ist, muss ein anderer Bereich dafür zurückstecken: Die Wahl fiel auf Ideengeschichte. Die Verhandlungen mit beiden Professoren sind in vollem Gange. Es wurden Kommissionen eingesetzt, die über die Berufungen zu ⏩





Für viele Studierende ein Buch mit sieben Siegeln: der SFB *Foto: VD*

befinden haben. Es handelt sich dabei um ein so genanntes „schlankes Verfahren". Die Stellen werden demnach nicht frei ausgeschrieben. Die Kommission befasst sich nur mit dem jeweiligen Hauptanwärter.

„Wir sollten unsere Struktur nicht nach dem Personal ausrichten", sagt Rima Hussein. „Wir brauchen einfach eine stabile Wissenschaft. Ich will nicht Angebot-Nachfrage-orientierte Strukturpläne entwerfen. Das wäre ja blödsinnig." Doch gerade die konkreten Personalentscheidungen, die der Strukturplan mit sich bringt, stellt die Studi-Vertreterin vor scheinbar unlösbare Probleme. Ein Weggang von Sven Chojnacki wäre „wirklich schade", gibt sie zu. „Das wäre ein echter Verlust fürs Institut." Das sehen auch viele Studierende so. Als vor Wochen bekannt wurde, dass Chojnacki das OSI verlassen könnte, gründete sich umgehend eine studentische Initiative. Schnell kamen mehrere hundert Unterschriften zusammen, die das Institut aufforderten, den Juniorprofessor zu halten. Eine Abwertung der Ideengeschichte stand zu diesem Zeitpunkt nicht zur Debatte.

Der Fall Chojnacki zeigt: Die studentische Position ist, wie so oft, mehr als uneinheitlich. „Es ist extrem schwierig eine Interessenvertretung zu organisieren. Die Leute, von denen man nichts hört, die ganzen Master-Studis z.B.: Da weiß man überhaupt nicht, was die wollen", sagt Rima Hussein. „Deshalb kann man sich am Ende nur auf das verlassen, was man selbst politisch für richtig hält."

Am Diskussionsprozess insgesamt waren Studierende kaum beteiligt. Im Institutsrat wurde der Strukturplan im nicht-öffentlichen Teil besprochen. Daher wurde der einzige anwesende Studi von der Diskussion ausgeschlossen. Die stimmberechtigten Studierenden fehlten. Rima Hussein: „Es gab keine öffentliche Auseinandersetzung im Institutsrat. Aber Fakt ist: Es interessiert sich keiner für Unipolitik, außer es brennt was an." In der entscheidenden Instanz, dem Fachbereichsrat, waren dagegen über 50 Studierende zugegen und forderten eine Unterbrechung des Verfahrens. Ohne Erfolg: sechs Stimmberechtigte votierten für den Vorschlag, acht dagegen. Wenig später wurde der Strukturplan angenommen.

Doch blieb der studentische Protest nicht ganz folgenlos: Es wurde eine Kommission geschaffen, die mehr Transparenz in den Strukturplan und die Zukunft der Ideengeschichte bringen soll. Studierende sind an der Kommission paritätisch beteiligt. Auch außerhalb der Kommission wird weiter über der Strukturplan gestritten. Zu einer Podiumsdiskussion Ende Juni fanden sich mehrere hundert Studierende und Dozierende ein.

Verwaltungsleiter Detlef Brose brachte außerdem die Möglichkeit ins Gespräch, doch noch eine Vollprofessur Ideengeschichte zu erreichen. Dekanin Riedmüller glaubt dagegen nicht an eine nachträgliche Anhebung der Ideengeschichte. Auch mit Blick auf die Neubesetzung ihrer eigenen Stelle (ab 2011) seien die Spielräume dafür sehr gering. □

Profilsucht

EIN KOMMENTAR VON MARCEL HEBERLEIN

▷ Das OSI ist süchtig nach Profil. Der Zeitgeist verlangt, dass sich alle Unis, Fachbereiche und Institute ein schickes Vorzeigeprojekt zulegen. Das größte Politikinstitut der Republik will da nicht als Angsthase in der Ecke stehen. Spätestens seit der Schaffung des SFB war für die Institutsverantwortlichen klar: IB-und Governance-Forschung sollen die Zukunft des OSI bestimmen. Der Rest kann sich gern anbiedern, eigene Akzente sind unerwünscht.

Der Lehrstuhl Ideengeschichte, der so herausragende Wissenschaftler wie Alexander Schwan oder Axel Honneth gesehen hat, wird so in die letzte Reihe geschoben. Vorne sitzen die anwendungsbezogenen Teilgebiete der IB und feiern mit Sekt und Häppchen. „Die Theorie machen wir gleich mit!", winken vor allem die Konstruktivisten unter den IBlern ab. Doch grundständige Theorie ist kein lästiges Abfallprodukt. Nur sie kann die Annahmen kritisch hinterfragen, die Anwendungsforschung als gegeben voraussetzen muss. Dass eine Schrumpfung der Ideengeschichte überhaupt zur Disposition steht, liegt an der schlechten Planung des SFB. Dass der Personalprobleme bekommen würde, wenn zentrale Personen auf befristeten Stellen hocken, war abzusehen. Aber keine Angst: Die Theorie zahlt ja die Zeche.

Das OSI könnte die Politikwissenschaft in ihrer Breite abbilden. Das wäre einzigartig. Und hätte Profil. Stattdessen macht es sich abhängig von einem Teilbereich der Politikwissenschaft, der gerade mächtig hip und schrecklich cool erscheint. Dabei ging das OSI ging aus der Deutschen Hochschule für Politik hervor. „Für Politik", nicht „für Außenpolitik". □



Für viele Studierende ein Buch mit sieben Siegeln: der SFB *Foto: VD*

befinden haben. Es handelt sich dabei um ein so genanntes „schlankes Verfahren". Die Stellen werden demnach nicht frei ausgeschrieben. Die Kommission befasst sich nur mit dem jeweiligen Hauptanwärter.

„Wir sollten unsere Struktur nicht nach dem Personal ausrichten", sagt Rima Hussein. „Wir brauchen einfach eine stabile Wissenschaft. Ich will nicht Angebot-Nachfrage-orientierte Strukturpläne entwerfen. Das wäre ja blödsinnig." Doch gerade die konkreten Personalentscheidungen, die der Strukturplan mit sich bringt, stellt die Studi-Vertreterin vor scheinbar unlösbare Probleme. Ein Weggang von Sven Chojnacki wäre „wirklich schade", gibt sie zu. „Das wäre ein echter Verlust fürs Institut." Das sehen auch viele Studierende so. Als vor Wochen bekannt wurde, dass Chojnacki das OSI verlassen könnte, gründete sich umgehend eine studentische Initiative. Schnell kamen mehrere hundert Unterschriften zusammen, die das Institut aufforderten, den Juniorprofessor zu halten. Eine Abwertung der Ideengeschichte stand zu diesem Zeitpunkt nicht zur Debatte.

Der Fall Chojnacki zeigt: Die studentische Position ist, wie so oft, mehr als uneinheitlich. „Es ist extrem schwierig eine Interessenvertretung zu organisieren. Die Leute, von denen man nichts hört, die ganzen Master-Studis z.B.: Da weiß man überhaupt nicht, was die wollen", sagt Rima Hussein. „Deshalb kann man sich am Ende nur auf das verlassen, was man selbst politisch für richtig hält."

Am Diskussionsprozess insgesamt waren Studierende kaum beteiligt. Im Institutsrat wurde der Strukturplan im nicht-öffentlichen Teil besprochen. Daher wurde der einzige anwesende Studi von der Diskussion ausgeschlossen. Die stimmberechtigten Studierenden fehlten. Rima Hussein: „Es gab keine öffentliche Auseinandersetzung im Institutsrat. Aber Fakt ist: Es interessiert sich keiner für Unipolitik, außer es brennt was an." In der entscheidenden Instanz, dem Fachbereichsrat, waren dagegen über 50 Studierende zugegen und forderten eine Unterbrechung des Verfahrens. Ohne Erfolg: sechs Stimmberechtigte votierten für den Vorschlag, acht dagegen. Wenig später wurde der Strukturplan angenommen.

Doch blieb der studentische Protest nicht ganz folgenlos: Es wurde eine Kommission geschaffen, die mehr Transparenz in den Strukturplan und die Zukunft der Ideengeschichte bringen soll. Studierende sind an der Kommission paritätisch beteiligt. Auch außerhalb der Kommission wird weiter über der Strukturplan gestritten. Zu einer Podiumsdiskussion Ende Juni fanden sich mehrere hundert Studierende und Dozierende ein.

Verwaltungsleiter Detlef Brose brachte außerdem die Möglichkeit ins Gespräch, doch noch eine Vollprofessur Ideengeschichte zu erreichen. Dekanin Riedmüller glaubt dagegen nicht an eine nachträgliche Anhebung der Ideengeschichte. Auch mit Blick auf die Neubesetzung ihrer eigenen Stelle (ab 2011) seien die Spielräume dafür sehr gering. □

Profilsucht

EIN KOMMENTAR VON MARCEL HEBERLEIN

▷ Das OSI ist süchtig nach Profil. Der Zeitgeist verlangt, dass sich alle Unis, Fachbereiche und Institute ein schickes Vorzeigeprojekt zulegen. Das größte Politikinstitut der Republik will da nicht als Angsthase in der Ecke stehen. Spätestens seit der Schaffung des SFB war für die Institutsverantwortlichen klar: IB-und Governance-Forschung sollen die Zukunft des OSI bestimmen. Der Rest kann sich gern anbiedern, eigene Akzente sind unerwünscht.

Der Lehrstuhl Ideengeschichte, der so herausragende Wissenschaftler wie Alexander Schwan oder Axel Honneth gesehen hat, wird so in die letzte Reihe geschoben. Vorne sitzen die anwendungsbezogenen Teilgebiete der IB und feiern mit Sekt und Häppchen. „Die Theorie machen wir gleich mit!", winken vor allem die Konstruktivisten unter den IBlern ab. Doch grundständige Theorie ist kein lästiges Abfallprodukt. Nur sie kann die Annahmen kritisch hinterfragen, die Anwendungsforschung als gegeben voraussetzen muss. Dass eine Schrumpfung der Ideengeschichte überhaupt zur Disposition steht, liegt an der schlechten Planung des SFB. Dass der Personalprobleme bekommen würde, wenn zentrale Personen auf befristeten Stellen hocken, war abzusehen. Aber keine Angst: Die Theorie zahlt ja die Zeche.

Das OSI könnte die Politikwissenschaft in ihrer Breite abbilden. Das wäre einzigartig. Und hätte Profil. Stattdessen macht es sich abhängig von einem Teilbereich der Politikwissenschaft, der gerade mächtig hip und schrecklich cool erscheint. Dabei ging das OSI ging aus der Deutschen Hochschule für Politik hervor. „Für Politik", nicht „für Außenpolitik". □



Universität einmal ganz zwanglos *Fotos: VD*

Vom Nutzen unrealistisch zu denken

Eine subjektive Betrachtung der Unipolitik

von Ruben McLoop

▷ Morgens vorm Institut - die Sonne scheint und am liebsten würd ich wieder gehen - seit der Schule hat sich daran nichts geändert. Aber wo ich nun schon mal da bin und auch sonst nichts Besseres vorhabe, entschließe ich mich dennoch, an den Werbeaufstellern und der leeren Bibliothek vorbei bis zu einem der Hörsäle vorzudringen. Es herrscht reges Treiben auf dem Gang, obwohl die Vorlesung bereits begonnen hat, und ich sickere mit den anderen Verspäteten so geräuschlos wie möglich in den Saal. Vorn sind immer Plätze frei.

(Ein Hinüberlehnen, dann ein Flüstern meiner Nachbarin:) Der Lehrstuhl Ideengeschichte soll in eine Juniorprofessur umgewandelt werden. Dafür wird Moderne Politische Theorien besetzt, Bernd Ladwig wird ein echter Professor und das OSI bekommt zwei weitere Professuren in den Internationalen Beziehungen. In dem Moment, in dem mir meine Tischpartnerin die Nachricht zuflüstert, fühle ich ein Unbehagen wie Kohlensäure aufsteigen:

Erste These: Studieren heißt die Ausbildung von und Befähigung zu einem kritischen Bewusstsein. In den Politikwissenschaften bildet sich kritisches Bewusstsein innerhalb der Theorie, deren Aufgabe es auch ist, über sich selbst zu reflektieren. Ohne das Wissen um Alternativen kann man sich der Möglichkeit, dass es auch anders sein könnte, nicht bewusst werden. Und ohne dieses Bewusstsein bleibt der Status Quo unhinterfragt.

Zweite These: Wenn die Ideengeschichte vom Institutsrat zur Juniorprofessur geformt wird, legt das den Rückschluss auf ein geringe Interesse an der Ausbildung eben jener Kritikfähigkeit nah. Nun kann ich als Politikstudent nicht sagen, dass mich diese Erkenntnis sonderlich schockiert: Institutionen versuchen, ▷▷

» *In den Politikwissenschaften bildet sich kritisches Bewusstsein innerhalb der Theorie, deren Aufgabe es auch ist, über sich selbst zu reflektieren. Ohne das Wissen um Alternativen kann man sich der Möglichkeit, dass es auch anders sein könnte, nicht bewusst werden* «



Wo einst Staubmilben regierten, ist die Oberfläche nun klinisch rein *Foto: VD*

Sag mir wo die Bücher sind

Die OSI-Bibliothek kämpft um ihre Eigenständigkeit und den Bestandserhalt

von Hilke Rusch und Josephine Ziegler

▷ Es räuspert, es surrt und klickt unentwegt – nur dieses bestimmte Rascheln fehlt. Dieses Schleifgeräusch, wenn die Finger die Seiten trennen. Das Zittern der Seite beim Umschlagen. Statt in Büchern zu blättern oder mit dem Bleistift über Papier zu kritzeln, starren die Studierenden an den Lesesaalplätzen auf Monitore und klicken sich durch die Seiten. Per copy and paste wird der relevante Inhalt in die eigene digitale Bibliothek übertragen. Was bleibt hängen, wenn die roten Augen spät abends hunderte Seiten Marx oder Weber durchgehen und absatzweise die umständliche Rhetorik kopieren? Sieht so das Studierverhalten der Zukunft aus?

Zumindest FU-Präsident Dieter Lenzen stellt es sich so vor. Mit der Vollendung des schon seit den 80er Jahren währenden Zentralisierungsprozesses der Bibliotheken strebt er auch eine „moderne" Hybridbibliothek an. In fünfzig Jahren lese niemand mehr ein Buch, meint Lenzen. Die Wälzer sollen in ausgelagerten Magazinen ruhen und geliefert werden, falls sie jemand benötigt.

Wie sich dieses Szenario darstellen wird, darauf gibt es zurzeit schon einen Vorgeschmack. Im Zuge der Zusammenlegung der Bibliotheken des OSI, der Soziologie, der Ethnologie, der Publizistik und des Osteuropa-Instituts (OEI) werden per Onlinekatalog zahlreiche Dubletten identifiziert. Immerhin werden sie nicht gleich verschenkt oder gar weggeworfen, sondern nach Lankwitz ausgelagert. Doch dort, weit weg vom Ort des Studierens, werden sie wohl eher des Vergessens anheim oder der nächsten Etatkürzung zum Opfer fallen.

Aber die Pläne über die Zukunft der FU-Bibliotheken reichen weiter. Bereits 2005 fand die Zusammenlegung von 12 Fachbibliotheken zur großen Philologischen Bibliothek statt. Es soll der Bau einer „Superbibliothek" folgen, die 25 Kleinbibliotheken auf dem Obstbaugelände an der Fabeckstraße vereinen wird. Und schließlich soll die Universitätsbibliothek (UB) bis 2015 entkernt und modernisiert werden. Dass es sich in den Augen des Präsidiums anbietet, dann gleich die politik- und sozialwissenschaftlichen Bibliotheken und die Bibliothek des OEI in die räumliche Konzentration einzubeziehen, liegt nahe. Doch bei wem überhaupt Entscheidungsbefugnisse liegen, wer um welche Kompetenzen zerrt, und wie welche Pläne von wem hinter wessen Rücken durchgesetzt werden – das ist längst zu einem undurchsichtigen Dickicht geworden.

Die BibliotheksmitarbeiterInnen am OSI fürchten derweil mit der Integration in die UB um ihre Eigenständigkeit als Fachbibliothek. In diesem Fall wäre eine fachbereichsspezifische bibliothekarische Unterstützung nicht mehr »

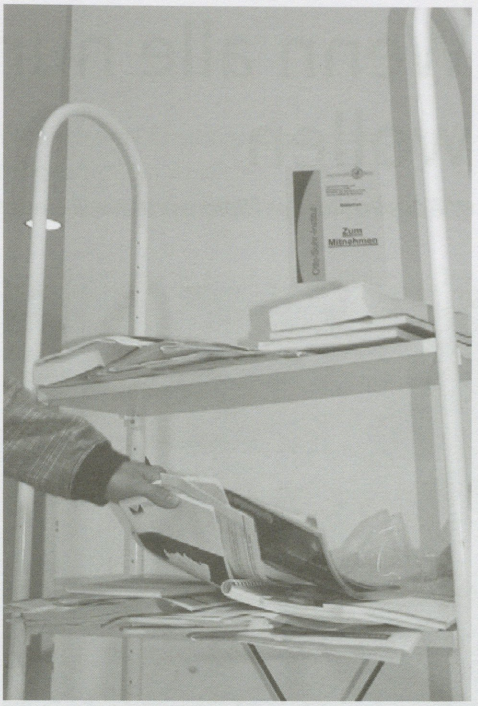
» *Bei wem überhaupt Entscheidungsbefugnisse liegen, wer um welche Kompetenzen zerrt, und wie welche Pläne von wem hinter wessen Rücken durchgesetzt werden – das ist längst zu einem undurchsichtigen Dickicht geworden* «

möglich und Beschaffungswünsche würden mit denen anderer Fachbereiche konkurrieren. Doch schon jetzt leidet die Vielfalt der Bibliothek unter gekürzten Mitteln: Von früher vier Stellen für politikwissenschaftliche FachreferentInnen zur Literaturbeschaffung gibt es heute am größten Institut des Fachbereichs keine mehr. Und der Bestand der größten politikwissenschaftlichen Bibliothek Deutschlands ist bereits im Rückgang. Aus Platzgründen wurden während der Integration der Publizistik und der Ethnologie an der Ihnestraße 21 tausende Bände Parlamentspapiere an die HU verschenkt. Von laufenden 4000 Zeitschriftentiteln sind nur noch 700 abonniert.

Nachdem in den letzten Semesterferien die Leihstelle in die Garystr. 55 verlegt wurde, sollen die Zeitschriften, Freihandbestände, der Lesesaal und die Büros der Mitarbeiter folgen. Die Büros der Ihnestraße 26, in die der Sonderforschungsbereich 700 einziehen soll, werden ins OSI verlegt und im Erdgeschoss sollen Hörsäle entstehen, während die Hörsäle A und B im OEI für die Bibliothek umgebaut werden. Angesichts der Platzimprovisation und der Dunkelheit wird es wohl das kleinere Übel sein, in die UB auszuweichen, vermuten BibliotheksmitarbeiterInnen.

Doch vorerst hat die Bibliothekskommission zwei Beschlüsse gefasst. So sollen die politik- und sozialwissenschaftlichen Bibliotheken und die Bibliothek des OEI eigenständig bleiben. Um die Bibliotheken enger an den Fachbereich zu binden, werden für das nächste Semester Aktionen geplant, beispielsweise soll mit den Studierenden ein gemeinsamer Name für die fünf Fachbibliotheken gesucht werden. Und um weitere räumliche Verkleinerungen zu verhindern, wird für den Erhalt des Standorts Ihnestraße 21 gekämpft. Als nächste Instanz hat nun der Fachbereichsrat über die Beschlüsse zu befinden.

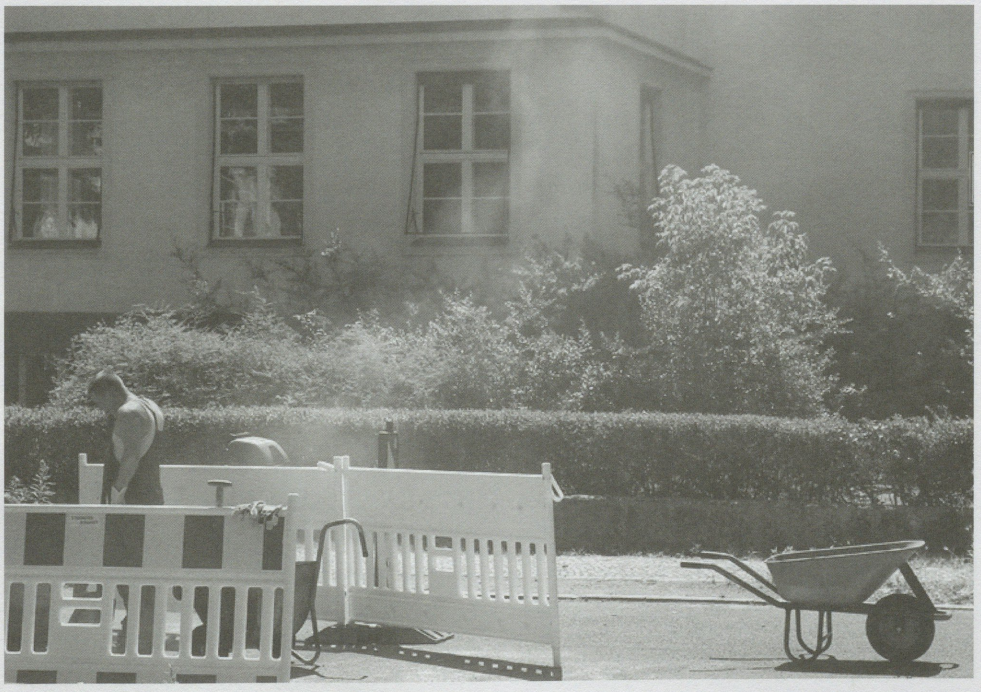
Sollte der Protest übergangen werden, werden sich die Studierenden - bis Publikationen digital zur Verfügung stehen - in naher Zukunft wohl für die verbliebenen Einzelexemplare anstellen müssen. Und wenn sie morgens zu spät kommen und die Literatur schon im Lesesaal unterwegs ist, dann wird es zum Warten ja die Öffnungszeiten 7 Tage/24 Std. geben. □



Bei den Restposten kann jeder zugreifen

Foto: VD

» Aus Platzgründen wurden während der Integration der Publizistik und der Ethnologie an der Ihnestraße 21 tausende Bände Parlamentspapiere an die HU verschenkt. Von laufenden 4000 Zeitschriftentiteln sind nur noch 700 abonniert «



Nicht nur die Bibliothek wird umstrukturiert

Foto: VD

sich selbst zu erhalten. Kritisches Bewusstsein ist kontraproduktiv (sogar höchst ineffizient!). Merkwürdig ist, dass andere Akteure, die kein solches Interesse verfolgen, die Veränderungen widerspruchslos akzeptieren.

Dritte These: Vielleicht haben wir als Studierende ein eigenes Interesse daran, weiterhin in der Schule zu sein. Das sind wir gewohnt, es löst weniger Ängste aus und außerdem kann man bei einem NC von 1,x davon ausgehen, dass die Studierenden mit der Schule ganz gut zurecht kamen.

Vierte These: Wissenschaft lebt von Kritikfähigkeit. Es ist vielleicht die wirkungsvollste Kontrollstrategie, die zukünftigen Gestalterinnen des Landes so sehr unter Druck zu setzen, dass ihnen keine Zeit mehr bleibt, sich Gedanken zu machen über ihre Zukunft, andere Fächer anzutesten oder politisch aktiv zu werden. Vielleicht ist etwas dran an dem Klischee: Vor vierzig Jahren konnte man noch studieren und demonstrieren, entspannen und Marx lesen. Heute geht das nicht mehr. Heute ist Monobachelor und Regelstudienzeit.

Fünfte (und letzte) These: Der Fall Ideengeschichte ist eine Momentaufnahme, die sich einpasst in eine Politik, die auch BA, Anwesenheitslisten und Bibliotheksschließungen verantwortet. Dabei wird uns weis gemacht, es sei alles zu unseren Gunsten. Aber bei der Steigerung der Kontrolle durch Anwesenheitslisten geht es nicht um Gerechtigkeit. Sie sind ein Mittel, um jede Abweichung von der Norm mit Ausschluss zu bestrafen. Dahinter steht ein Leistungsgedanke, (das Eiapopeia der Arbeitsmoral,) was zur Ideologie verkommt, weil es keine Alternativen mehr zulässt. Um Gerechtigkeit geht es nur im Sinne unseres Arbeitswahnsinns - wer den nicht teilt, wird ausgeschlossen. Aus einem psychologischen Reflex heraus generieren wir so die anderen, jene ominöse Gruppe von Faulenzern, die sich ohne Anwesenheitslisten und Hausaufgaben durch die Uni schummeln und am Ende allen Fleißigen die Jobs streitig machen. Mit einem Handstreich wird so die eigene Unzufriedenheit und Anspannung nach außen projiziert.

» Der Fall Ideengeschichte ist eine Momentaufnahme, die sich einpasst in eine Politik, die auch BA, Anwesenheitslisten und Bibliotheksschließungen verantwortet. Dabei wird uns weis gemacht, es sei alles zu unseren Gunsten «

Das bedeutet im Klartext: Wer nicht der Norm entspricht, bekommt seinen Schein nicht. Doch wer macht die Norm und wofür dient sie?

Ich glaube, es geht den meisten Menschen darum, gut zu leben. Dafür ist es unerlässlich zu fragen: Auf welche Art kann mensch das erreichen und wie muss die Umwelt dafür beschaffen sein? Hier schließt sich der Kreis. Am Ende der Reflexion steht die Kritik - und Kritik ist eine Aufgabe. □



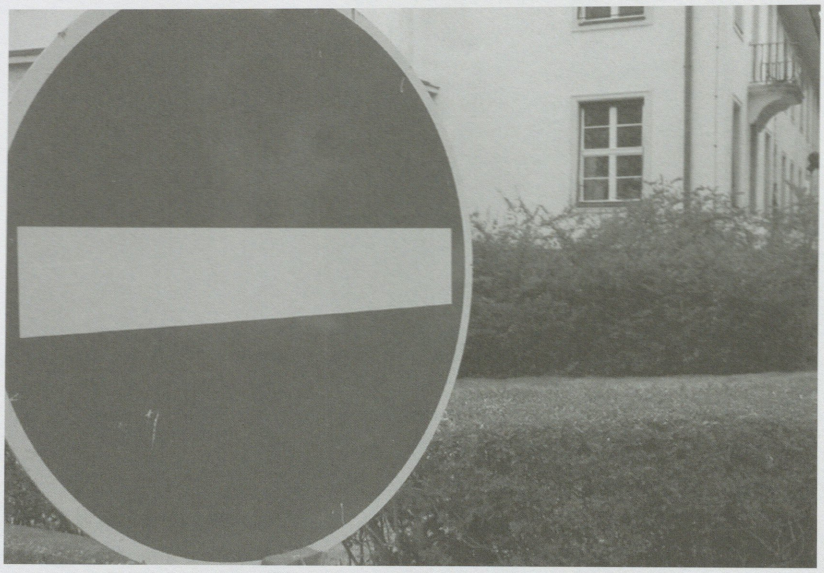
Foto: VD

Lieber draußen als drinnen sitzen - verständlich

Wenn alle nur das Beste wollen

Wie das Institut das Diplom retten will - indem es ausgesetzt wird

von Gerrit Horak



Am OSI geht es für das Diplom erst einmal nicht weiter *Foto: VD*

▷ Viel Gewese gab es in den letzten Tagen um die Zukunft des Diploms am OSI. Plakataktionen, ein übervoller Fachbereichsrat, sogar für einen kleinen Eklat im Akademischen Senat hat es gereicht. Wenn man die Fakten allerdings destilliert, bleibt nichts sonderlich Spektakuläres übrig: Ja, die Zulassungszahlen für den Diplomstudiengang werden im Wintersemester 08/09 auf null gesetzt. Und nein, das soll nach dem Bekunden von Institutsleitung und studentischen VertreterInnen nicht dauerhaft so bleiben. Interessant wird es erst, wenn die Motivation für diese seltsam anmutende Aktion erfragt wird. Studiendekanin Sabine von Oppeln sieht das Institut mit mehreren Problemen konfrontiert, die es zu lösen gelte. Zum einen werde am Institut die Angst verbreitet, BA-AbsolventInnen könnten häufig keinen Folgeabschluss, also einen Master am OSI machen. Damit bezieht sie sich auf das berüchtigte „Flaschenhals"-Problem des Instituts. Zum anderen müsse man das OSI langsam auf die Eventualität eines permanent abgeschafften Diploms einstellen. Sie erzähleda kein Geheimnis, meine die Studiendekanin mit Blick auf die Hochschulverträge des Landes. Die fordern eine Ablösung der Diplomstudiengänge durch BA und MA bis 2011.

Was hat das mit der Herabsetzung der Zulassungszahlen zu tun? Mit der freiwerdenden Kapazität könne man den Master für ein Jahr öffnen, so das Argument des Dekanats. Sollten sich dann mehr Studierende für diesen Studiengang einschreiben, könne damit dauerhaft eine Steigerung der Zulassungszahlen erreicht werden. Allen Umschreibungs- beziehungsweise Einschreibungswilligen meint das Dekanat damit ein „Geschenk" machen zu können. Außerdem bewegt man sich nach eigenem Bekunden so wenigstens zeitweise auf die Forderungen des Präsidiums zu, das den Diplomstudiengang lieber gestern als heute abgeschafft sähe.

Fast schon unheimlich einhellig da die Antwort aus der Studierendenschaft. Von Blogs über die FSI bis hin zur LHG: Alle sehen den Tod des Diploms am Horizont dräuen. FUwatch titelt malerisch mit „Akademischer Senat beerdigt OSI-Diplom" und Ronny Patz verweist im LHG-Blog darauf, dass bisher jeder Diplomstudiengang mit der Herabsetzung der Zulassungszahlen zu seinem Ende gebracht wurde. Folgerichtig fragt die FSI in ihrem Block, wie weit es mit dem Rettungseifer des Dekanats her sei.

> *» Mit der freiwerdenden Kapazität könne man den Master für ein Jahr öffnen, so das Argument des Dekanats. Sollten sich dann mehr Studierende für diesen Studiengang einschreiben, könne damit dauerhaft eine Steigerung der Zulassungszahlen erreicht werden «*

Ein wenig nüchterner betrachtet Rima Hussein, Studierendenvertreterin im Fachbereichsrat, die ganze Angelegenheit: „Das ist ein taktischer Zug. In gewisser Hinsicht ist es das einzige, was einem übrigbleibt aus Sicht des Dekanats. Aber ich fände es sinnvoller, gegenüber dem Senat ein Recht auf Interessenvertretung einzufordern." Sie nimmt dem Dekanat die Absicht ab, das Diplom mit diesem Kuhhandel retten zu wollen. Klug findet sie das nicht. „Wenn man sich als FB und Institut nicht eindeutig als autonom darstellt, mit eigener Meinung und Grundsätzen, dann wird das Präsidium auch in Zukunft nur einen Erfüllungsgehilfen in einem sehen. " □

Lehre für Lau

Die Situation von Lehrbeauftragten ist skandalös. Auch am OSI gibt es so genannte „Betteldozenten". Wie schlimm ist die Situation der Lehrbeauftragten wirklich?

von Alina Barenz und Laurence Thio

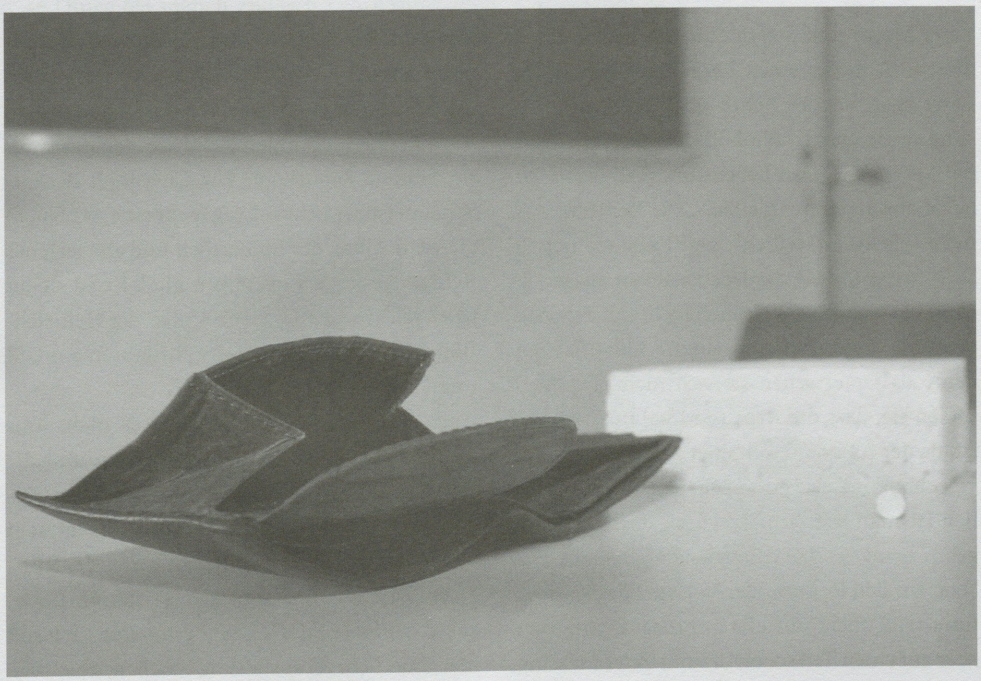
▷ Sie haben keine Rechte, arbeiten unbezahlt und Kritik gilt als Netzbeschmutzung. Lehrbeauftragte haben es nicht leicht. Unter Arbeitsbedingungen, die vor allem aus dem Niedriglohnsektor bekannt sind, stemmen sie einen beträchtlichen Teil der Lehre. Geld gibt es für viele der nebenberuflichen Dozenten keines. Das Otto-Suhr-Institut ist seit langem für seine „Lehre prekär" bekannt, hier werden besonders viele Lehrbeauftragte beschäftigt: eine Bestandsaufnahme.

Zwei Drittel ohne Vergütung

Über 80 Lehrbeauftragte dozieren insgesamt am Institut. Ihre Lehre füllt um die 140 Semesterwochenstunden (SWS), das ist ein Anteil von rund 57 Prozent am Gesamtlehrdeputat (im Wintersemester 2007/2008). Was unterscheidet sie von anderen Dozenten? Sie haben meist eine hauptberufliche Beschäftigung außerhalb des Lehrbetriebs und zählen zum nebenberuflichen Hochschulpersonal. Die Bezahlung ihrer Leistung ist daher keine gesetzliche Pflicht. Ein abgeschlossenes Hochschulstudium, pädagogische Eignung und mehrere Jahre Berufspraxis sind Voraussetzung. Das OSI bezahlt pro Semester 30 der über 80 Lehrbeauftragten, zum Teil über die einzelnen Professuren - gut zwei Drittel müssen demnach ohne Vergütung arbeiten.
Für einen besoldeten Lehrauftrag erhalten Dozenten mindestens 21,40 Euro pro Stunde - das schreibt der Mindestlohn für Lehrbeauftragte vor, der seit dem 1. April 2008 in Berlin gilt. Nicht mit eingerechnet sind Vor- und Nachbereitungszeit, Sprechstunden, Sachmittel und der Zeitaufwand für Verwaltung, Klausur- und Hausarbeitenkorrektur. Berechnet man das tatsächliche Honorar, bleibt ein symbolischer Lohn von ein bis drei Euro pro Semesterwochenstunde (SWS) übrig. Die Besoldung am OSI liegt mit 30 Euro pro erbrachter SWS leicht über dem Mindestbetrag.

Türöffner für den Wissenschaftsbetrieb?

In den Medien werden die Lehrbeauftragten oft als ein Heer von „Betteldozenten" oder „Lehrsklaven" dargestellt. Doch ganz so einfach ist es nicht: Die Gruppe ist sehr heterogen – keineswegs fühlen sich alle ausgebeutet. Das Spektrum reicht vom Bundestagsabgeordneten, über Journalisten, Wissenschaftler und Anwälte, die ▷▷



Die Geldbörse vieler Lehrbeauftragter bleibt gähnend leer *Foto: VD*



ihre Berufserfahrung weitergeben möchten, bis hin zum jungen Promovierenden auf Hartz IV. Für 46 Prozent der Lehrbeauftragten an der FU war der Lehrauftrag im Jahr 2006 die Haupterwerbsquelle, ergab eine Umfrage der Freien Universität und der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW) zur Arbeits- und Lebenssituation von Lehrbeauftragten. Dieser Umstand macht die Situation für junge Promovierende besonders schwierig. Sie brauchen die Lehrerfahrung meist als Türenöffner für den Wissenschaftsbetrieb.

„Hochqualifizierte Arbeit für umsonst"

Katja Meyer und Stefan Skupien teilen sich in diesem Semester einen bezahlten Lehrauftrag: „Aus Spaß an der Lehre und um Lehrerfahrung zu sammeln"- symbolisches Kapital für ihren Lebenslauf. Den Lebensunterhalt bestreiten beide aus anderen Quellen. „Die Bezahlung ist nicht selbstverständlich", sagt Katja realistisch, „Wir wissen, dass die Kostenstellen ausgereizt sind". So wollen sie sich auch nicht mit dem Medienbild vom „Betteldozenten" identifizieren, denn als Opfer sehen sie sich nicht. Dennoch finden sie, dass die Arbeit radikal unterbezahlt ist, da der Aufwand weit über zwei SWS liegt.
„Hochqualifizierte Arbeit für umsonst - eigentlich ist man sich sehr bewusst, dass das nicht geht", bringt es Lars Bretthauer, ebenfalls Dozent, auf den Punkt. „Der Vorwurf der Ausbeutung trifft nicht auf alle Lehrbeauftragten zu, aber auf einen Teil schon", räumt Peter Massing, Geschäftsführender Direktor des OSI, ein. „Das tut mir leid", sagt er und versichert, man gehe an die Grenzen der eigenen Möglichkeiten.
Auf die Institutsseite konnten die Lehrbeauftragten sich allerdings nicht verlassen, wenn es um mehr Geld, mehr Rechte oder mehr Unterstützung geht. Die Lehrbeauftragten Lars Bretthauer und Katharina Lenner haben deshalb den Verein „Reflect" gegründet, der sich gegen die Prekärisierung von Wissenschaft wendet und zunächst der Vernetzung dienen soll. Die Mitglieder sind hauptsächlich Dozenten und wissenschaftliche Mitarbeiter aus Berlin, insbesondere vom OSI.

Lust an der Lehre wird getrübt

Die Situation der Dozenten mit anderem Hauptberuf ist weniger prekär. „Ich lehre, um mich mit Studenten auszutauschen und mal aus dem Büro herauszukommen", sagt die Rechtsanwältin Simone Krauskopf. Für Christoph Becker-Schaum ist der Lehrauftrag mehr eine Art Flucht aus dem Alltag der Lohnarbeit und ein „eigenes Reich, das es zu verteidigen gilt". Er ist Leiter des Archivs „Grünes Gedächtnis" der Heinrich-Böll-Stiftung und lehrt seit fünf Jahren am OSI - mal mit Bezahlung, mal ohne.
Auch bei Dietmar Schiller geht es nicht ums Geld. Ihm geht es um Unterstützung und die sei mangelhaft: „Ich fühle mich mit dem riesigen Verwaltungsaufwand allein gelassen", sagt der Lehrbeauftragte. Schiller ist Leiter des RBB-Fernseharchivs und gibt seit 14 Jahren unbezahlt Seminare am Otto-Suhr-Institut. „Ich soll hier eine Lehrveranstaltung machen, aber wie, das ist wurscht!", ärgert sich Schiller. „Noch ⏩

nicht mal eine Kopierkarte bekomme ich".

Was die Mehrzahl der „LBs" jenseits des Gehaltsschecks eint, ist der Wunsch nach mehr Unterstützung. Wenn schon nicht in finanzieller, dann in immaterieller Form. So sei kaum Hilfe vom Institut zu erwarten, ist die Erfahrung von Dietmar Schiller: „Allein der Zeitaufwand für die Bewerbung um einen Lehrauftrag ist ungeheuer". Zudem sei es sehr schwierig, Unterstützung zu finden. Für das Blackboard habe er zwar per Zufall eine Ansprechpartnerin am Institut für Ethnologie gefunden, es aber „letztlich in vielen Stunden selbst eingerichtet". Für solche Fragen wünscht er sich für die Dozenten einen Lotsen und fände auch eine regelmäßige Veranstaltung für engagierte Lehrbeauftragte wichtig.

Auch Dozent Lars Distelhorst sieht Mängel in der Infrastruktur: „Wir haben die gleichen beschränkten Leihfristen für Bücher wie die Studierenden, für unsere Lehrveranstaltungen brauchen wir sie aber oft länger. Das birgt schon ein hohes Frustrationspotential". Weiter wäre ein Raum für Sprechstunden eine große Hilfe, findet Distelhorst.

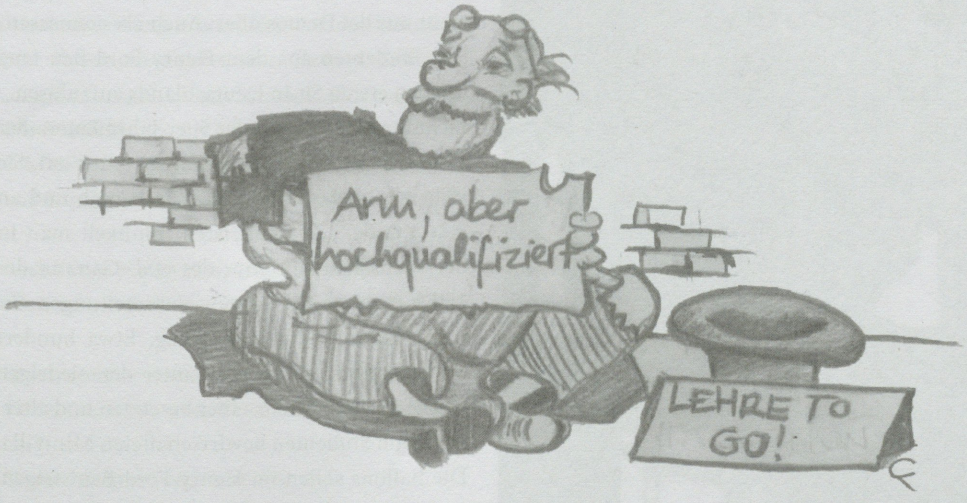
„Wie auf dem Basar"

Hauptproblem Nummer zwei ist die Intransparenz der Lehrplanung. Die Vergabe der Lehraufträge wirke „wie auf dem Basar oder beim Lotto", berichtet Dietmar Schiller. Lars Distelhorst pflichtet ihm bei: „Es ist schwierig herauszufinden, was überhaupt gebraucht wird". Wenn diese Dinge bei manch anderen Lehrbeauftragten besser klappen, haben sie einfach Glück gehabt.

So berichten Katja Meyer und Stefan Skupien, dass sie bei der Lehrplanung der Ideengeschichte befriedigende Mitspracherechte genießen und auch die Betreuung durch das Institut „generell gut" finden.

Mit dem jährlichen „Lehrbeauftragtenabend" will der OSI-Club den Lehrbeauftragten Raum zum Erfahrungsaustausch untereinander und mit dem Institut geben. Dreimal fand der Abend bisher statt, beim letzten Mal seien etwa 40 Gäste gekommen, erzählt OSI-Club-Vorstand Christian Walther. Weniger als die Hälfte der Lehrbeauftragten am OSI.

Sollte am Ende die Kommunikation Schuld am Unmut sein? Viele der genannten Wünsche erfülle das Institut bereits, sagt Peter Massing. „Die Lehrbeauftragten erhalten die Möglichkeit, zu kopieren und wir stellen einen Raum für Sprechstunden zur Verfügung, der über die Institutssekretärin organisiert werden kann", sagt Massing. Das Problem: Wenige Lehrbeauftragte wissen das. Diese Kommunikationskluft verdeutlicht allerdings nur den geringen Stellenwert, den die Lehrbeauftragten am OSI haben. Das Institut hat jedoch eine Bringschuld. Wer nicht zahlt, sollte zumindest dafür sorgen, dass Infrastruktur und Unterstützung bereit stehen, beziehungsweise die Lehrbeauftragten ausreichend über solche Angebote informieren. Die Dozenten brauchen breite Unterstützung und einen engen Kontakt zum Institut. So können sie qualitätsvolle Lehrveranstaltungen anbieten. Das ist nicht zuletzt auch im Interesse des OSI – und es wäre ein kleines Zeichen der Anerkennung. □

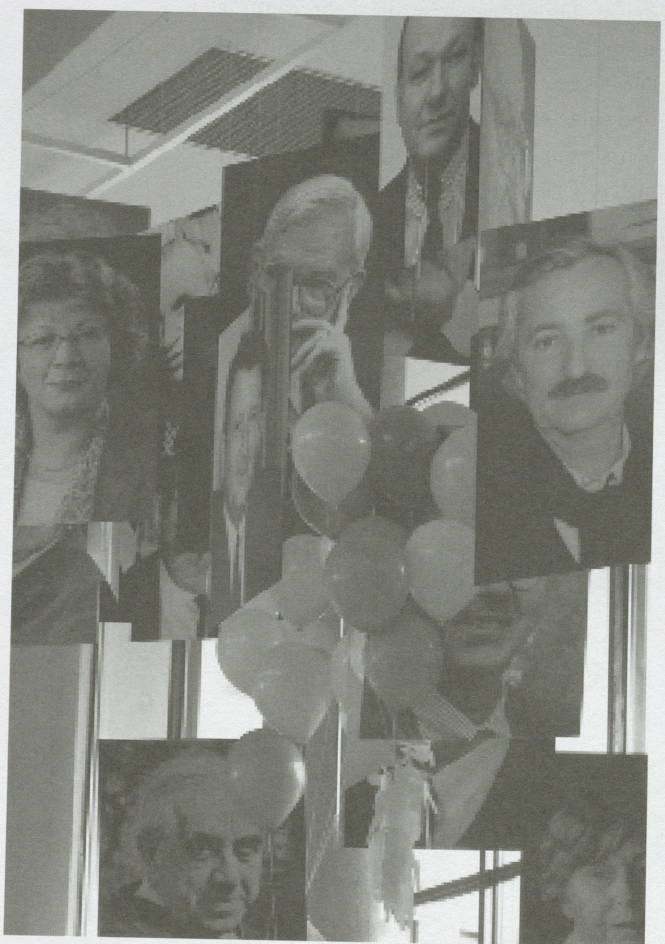


Kein Nachschub aus der Denkfabrik

Die Erben der 68er protestieren an der FU

von Josephine Ziegler

▷ Der erste Takt verwirrt die Studenten noch. Verdis Requiem erhebt sich pathetisch und erfüllt den Hörsaal. Vielleicht haben sie Ton Steine Scherben erwartet, gewiss keine Klassik. Feierlich tritt eine kleine Prozedur ins Blickfeld. Würdevoll schauen die jungen Frauen und Männer drein, sie tragen schwarze Anzüge und Blazer, ihr Haar ist geschniegelt. Als die Musik verstummt, beginnt ihr Anführer zur Vollversammlung zu sprechen. Unterstützt durch eine PowerPoint-Präsentation betont er, wie gut sich die Freie Universität Berlin (FU) unter der Führung ihres Präsidenten Dieter Lenzen entwickelt hat. In der Grafik ist zu sehen, wie die Eliteförderung noch weitergehen soll: Die Anzahl der Studenten auf Dauer mindern, den niederen Bachelor nur noch an der Humboldt-Uni abnehmen. Die Studenten lachen. Sie verstehen die Ironie des Dieter-Lenzen-Fanclubs, der hier auftritt. Aber die Essenz seiner Worte ist bitterernst.



Wenn der Lenzen-Fan-Club feiert Foto: JZ

Die Konzepte des Präsidiums sind es, gegen die sich dieser Aktionstag an der FU im Januar 2008 richtet: verschärfte Zulassungsbedingungen, Leistungsdruck und Fächerzwang durch Bachelor und Master, Schließung von Instituten, auslaufende Studiengänge, Wegrationalisieren von Büchermassen. Die Studenten begehren gegen die fortschreitende Verwirtschaftlichung der Uni auf. „Tu nichts Unnützes", „Denk an deinen Lebenslauf", „Schalte deine Konkurrenz aus" – so geben Aufkleber überall auf dem Campus in Dahlem dem Unmut der Studis Ausdruck. Sie wollen weiter selbstbestimmt und nicht an einer „Denkfabrik" studieren, die Nachschub für die Wirtschaft liefert. Die Reformen gehen für sie in die falsche Richtung. Es sind zu viele, die zu schnell und ohne Mitbestimmung der rund 30.000 Studenten vorangetrieben werden.

Schon beim Protest der FU-Studenten seit 1967 spielten Reformen eine Rolle. In ihren Augen war es längst überfällig, die Strukturen und Konventionen zu erneuern. „Was das ganze zu einer Bewegung machte, waren die Reaktionen derer, die wir das Establishment nannten", erinnert sich Bodo Zeuner, emeritierter Professor des Otto-Suhr-Instituts für Politikwissenschaft (OSI), damals Assistent. Kritische Vorträge an der FU verhinderte der damalige Hochschulrektor Herbert Lüers und die Polizei reagierte nicht nur bei Demos über: Auch als sie massenhaft Studenten aus dem Henry-Ford-Bau trug um den ersten Sit-in Deutschlands aufzulösen.

Lichtdurchflutet steht der 50er-Jahre Bau in der Wintersonne 2008. Vier Männer fallen auf. Sie stehen in und vor dem Bau, drehen ab und an eine Runde. „Zivilpolizisten" munkelt man in der Fachschaftsinitiative des OSI. Ganz in der Nähe trifft sie die letzten Vorbereitungen für ihren Beitrag zum Aktionstag. Etwa hundert bunte Luftballons hängen unter der niedrigen Decke im Roten Café, einer besetzten und alternativ von Studenten bewirtschafteten Minivilla. Die Ballons sollen im Henry-Ford-Bau steigen. Doch wie reinkommen? Zwei Eingänge sind abgeschlossen, die anderen quasi bewacht. Drei ▷▷

junge Männer erklären sich zum Ablenkmanöver bereit. Vermummt rennen sie los. Mit gerunzelter Stirn schaut ein vermeintlicher Zivilpolizist ihnen nach. Die Szene hat nichts Kriminelles mehr, als kurz darauf die bunten Ballons in der Morgensonne steigen. Harmlos und fröhlich hängen sie unter der hohen Decke zwischen den Bildern von all den berühmten FUlern, darunter Rudi Dutschke. Ernst blickt er auf die Papierstudenten, die, an jedem Ballon erhängt, dann doch den Protest in der Spaßaktion enttarnen.

Meist sind es die Politikstudenten, die aktiv werden. Auch die Wahlbeteiligung zum Studierendenparlament (StuPa) ist am Fachbereich überdurchschnittlich hoch. Insgesamt liegt sie bei 11 Prozent, seit Jahren. „Die Resignation in Bezug auf die Frage, ob man durch eigenes Handeln überhaupt etwas verändern kann, ist wohl gestiegen", sagt Bodo Zeuner. In der Tat gehen die Mitbestimmungsrechte des StuPa heute gegen null. Dabei ist es das letzte Rudiment des Modells Gruppenuniversität.

Als 1968 das OSI aus Protest gegen die Notstandsgesetze besetzt worden war, nutzten alle Beteiligten, von den Studenten bis zum Institutsrektor, die Situation, um die „verknöcherten Universitätsstrukturen" zu reformieren. Heraus kamen weitreichende Mitbestimmungsrechte für Studenten. Das Modell diente gar als Vorbild für das neue Hochschulgesetz von 1969, ist heute aber wieder weitgehend abgeschafft. Die Tradition, in der die FU steht – 1948 von Studenten aus Protest gegen die von den Sowjets indoktrinierte Hochschullehre der heutigen Humboldt-Uni gegründet – sie scheint nicht mehr präsent zu sein.

Ist die neue Studentengeneration wirklich so unpolitisch? Viele wollen sich nicht in eine politische Richtung einordnen. Parteipräferenzen sind ihnen zu dogmatisch. Zeuner kritisiert: „Wenn sich Studenten engagieren, sind es häufig sehr isolierte Ziele, die nicht in gesamtgesellschaftliche Programmatik eingebettet werden." Die etwa 300 anwesenden Studenten in der Vollversammlung 2008 beschließen, das Sommersemester zum Protestsemester zu erklären. Ein Rahmen ist damit gesteckt. Nun ist es an den Studenten, sich auf ihr Erbe zu besinnen. □



Harmlos und fröhlich: heutiger Protest *Foto: JZ*

Vollkommen einverstanden? Ganz anderer Meinung?
SCHREIBT UNS! KRITIK, LESERBRIEFE, ARTIKELVORSCHLÄGE INS FORUM:
http://osizeitung.siteboard.de
ODER SCHAUT BEI DER NÄCHSTEN REDAKTIONSSITZUNG EINFACH VORBEI

IMPRESSUM
Die OSI-Zeitung erscheint am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der FU Berlin

Redaktion: Marcel Heberlein, Max Enno Hildebrandt, Gerrit Horak, Christa Roth, Björn Uhlig

Layout: Marcel Heberlein, Gesine Hildebrandt, Max Enno Hildebrandt, Gerrit Horak, Björn Uhlig

Fotos: Valentin Dyckerhoff (VD), Christa Roth (CR), Josephine Ziegler (JZ)

Mitarbeit an dieser Ausgabe: Alina Barenz, Max Czollek, Valentin Dyckerhoff, Benjamin Högerle, Falk Lüke, Hilke Rusch, Julia Stark, Laurence Thio, Josephine Ziegler

Druck: Herforder Druck, Herford

Kontakt: osi_zeitung@yahoo.de, osizeitung.siteboard.de

V.i.S.d.P.: Gerrit Horak, Pannierstraße 13, 12047 Berlin

Verwertbare Ausbildung steht im Vordergrund

Professor Bodo Zeuner über die 68er und die Probleme der heutigen Studentenproteste

von Josephine Ziegler

OZ: Welchen Eindruck hatten Sie von der Studentenbewegung `68?

Zeuner: Es war identitätsstiftend dabei zu sein. Man gehörte plötzlich zusammen, man merkte dass man nicht allein war, man merkte, dass viele da waren, die ähnlich dachten. Man stieß auf eine extreme Repression und Hetze seitens der Springerpresse. Das Gefühl war, man muss sich zusammen tun, man muss gemeinsam was machen und ist gemeinsam auch bedroht von so etwas wie der Springerpresse und einem repressiven Staat - auch von der Polizei. Aber wenn man sich zusammenschließt, kann man auch mindestens eine gewisse Aufmerksamkeit bewirken. Die Republik hat ja auch darauf reagieren müssen, was wir damals machten.

Es ist kein Mythos zu behaupten, dass die Studentenbewegung eine politisch-kulturelle Veränderungsbewegung in diesem Land bewirkt hat.

OZ: Ist von diesen erreichten Veränderungen heute etwas übrig geblieben?

Zeuner: Sicherlich. Es gab ja Nachfolgebewegungen, zum Beispiel die Frauenbewegung. Die ist aus der linken Bewegung hervorgegangen. Mindestens diese Nachfolgebewegungen haben ja Wirkungen die bis heute nicht revidiert sind. Gleichstellung von Frauen – da hat es einfach Veränderungen gegeben auch wenn sie nicht hinreichend sind. Und auch, dass eine im weitesten Sinne an der marxschen Theorie orientierte Sozialwissenschaft doch einen Platz hat neben anderen Richtungen, ist ja etwas das nicht so einfach rückgängig zu machen ist, auch wenn das vielleicht versucht wird. Von daher hat es, was mehr Toleranz, mehr Problembewusstsein mindestens für Ökologie und die Gleichstellung der Geschlechter angeht, Folgewirkungen gegeben – diese sozialen Bewegungen, die mit der Studentenbewegung angefangen haben.

Das klingt nun alles so harmonisch. Das meine ich nicht. Mindestens was die Universitäten selber angeht, sehe ich deutlich Rückschläge.

OZ: Gescheiterter Volksentscheid, geringe Wahlbeteiligung bei StuPa-Wahlen – was ist passiert? Haben sich die Studenten der gewünschten Lerneffizienz schon angepasst?

Zeuner: Ich will vorsichtig sein mit einer Schelte der aktuellen Studentengeneration, das steht mir nicht zu. Aber es scheint so zu sein, um es vorsichtig zu formulieren, dass auch bei den Studenten eine Orientierung auf eine verwertbare Ausbildung doch sehr stark in den Vordergrund getreten ist. Also die Idee, dass man das Studium auch als Phase sieht, in der man sich am besten im klassischen Sinne bildet und nicht nur eine berufliche Qualifikation erwirbt, in der man den blick erweitert, in der man auch mit sich selbst und seinen eigenen Interessen und Lernintentionen neue Erfahrungen macht, in der man vielleicht auch mal Umwege geht – all dieses, was ich wichtig finde, was ich immer versucht habe nach Möglichkeit zu fördern, was eben auch heißt, dass man nicht unbedingt in der Regelstudienzeit das Studium durchlaufen haben muss, scheint in den Hintergrund zu treten gegenüber vermeintlichen vom Arbeitsmarkt ausgehenden Zwängen und Anpassungsdruck.

> *» Ich will vorsichtig mit einer Schelte der aktuellen Studentengeneration. Aber es scheint so zu sein, dass auch bei den Studenten eine Orientierung auf eine verwertbare Ausbildung doch sehr stark in den Vordergrund getreten ist «*

OZ: Ist dieser Druck gerade vom Arbeitsmarkt eingebildet oder ist der tatsächlich heute höher?

Zeuner: Ich denke, dass insgesamt die Unsicherheit für Akademiker und Nichtakademiker eine den gewonnenen Qualifikationen entsprechende Tätigkeit zu finden größer geworden ist. Von daher gibt es eine größere Existenzunsicherheit, auf die man versucht irgendwo zu reagieren. Aber gerade für Politologen oder für Sozialwissenschaftler ist das qualitativ so neu nun auch wieder nicht. Als Politologe musste man sich schon immer irgendwo seinen Arbeitsplatz selbst schaffen und gestalten.

OZ: Reicht diese Existenzangst als Erklärung für die geringere Bereitschaft, unter den heutigen Studenten sich politisch zu engagieren aus?

Zeuner: Ich weiß es nicht. Sicher kommt auch etwas, das ich neoliberalen Zeitgeist nennen würde dazu. Oder auch das postmoderne Ende

der großen Erzählungen. Also man kann nicht mehr mit gleicher Naivität, und zum Glück kann man es nicht mehr, das Heil in Vorbildern wie Maos China oder so sehen. Die Suche nach Heilsgewissheiten und einem Glauben, auf den man bauen kann, ist geringer geworden – das ist ein Fortschritt. Aber zugleich ist wohl auch die Resignation gewachsen in Bezug auf die Frage, ob man durch eigenes Handeln überhaupt politisch etwas verändern und erreichen kann.

OZ: Machen Phänomene, wie beispielsweise der Lenzen-Fanclub oder die Aktion bei der Immatrikulationsfeier im letzten Wintersemester, Hoffnung, dass die Resignation doch noch nicht so weit vorangeschritten ist?

Zeuner: Ja sicher, ich würde die Hoffnung auch nicht aufgeben. Vielleicht gibt es ja irgendwann mal wieder eine grundlegende kritische Studentenbewegung, die nicht nur sagt, wir wollen keine Studiengebühren, sondern wir wollen eine andere Art zu studieren und zu lernen haben. Aber davon sehe ich im Moment nicht viel.

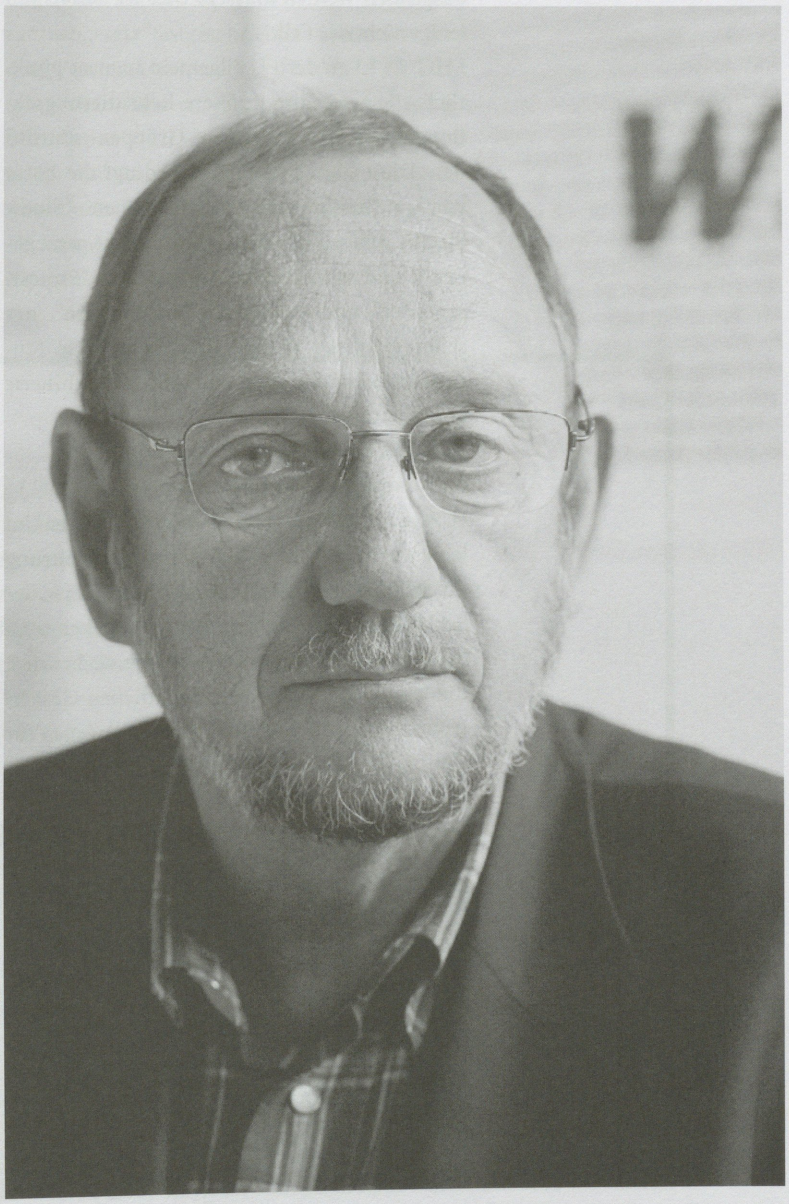
OZ: Warum haben Sie sich denn ein Jahr früher als Sie mussten aus dem Hochschulbetrieb zurückgezogen?

Zeuner: Für mich war ein Erlebnis symptomatisch. Eine Studentin, die ich sehr geschätzt habe, kam eines Tages zu mir und brachte mir ein Attest. „Was soll ich mit einem Attest?" „Ich will Ihnen nachweisen, dass ich das letzte Mal nicht da sein konnte, weil ich krank war." „Ich will keine Atteste. Wir machen in diesem Kurs überhaupt keine Anwesenheitsliste. Ich erwarte, dass ihr da seid und auch dass ihr Bescheid sagt, wenn ihr nicht kommen könnt, aber ich kontrollier das nicht. Ich bin kein Kontrolleur." Vier Wochen später kommt dieselbe Studentin mit dem nächsten Attest, weil sie wieder mal gefehlt hat. Da wurde ich schon etwas sauer. Und die Antwort war: „Aber andere verlangen das doch." Und in einer solchen Atmosphäre wollte ich nicht mehr so gerne lehren. Eine Atmosphäre, wo man zum Pauker gemacht wird und die Studenten dazu verleitet werden, pennälerhafte Verhaltensweisen an den Tag zu legen. Ich hab ja nichts gegen Lehrer, aber diesen Beruf, der zur Hälfte dadurch ausgeübt wird, dass man Disziplin herstellt, habe ich nicht wählen wollen. An der Universität bin ich von einer intrinsischen Motivation, einer Motivation in der Sache mit seiner Erkenntnis voranzukommen ausgegangen. Und wenn dies verdrängt wird, finde ich das ganz fürchterlich. Und ich hoffe, dass es nicht gelingt die intrinsische Motivation, die Motivation an der Sache, total zu verdrängen.

OZ: Haben Sie als Beobachter Erwartungen an die Studenten?

Zeuner: Ganz allgemein gesagt, dass sie sich die wissenschaftliche Neugier nicht abtreiben lassen. Dass sie nicht nur häppchenweise Funktionswissen anhäufen, das man in Klausuren abfragt, sondern dass sie neugierig darauf sind, die Welt besser zu verstehen, besser zu erkennen. Das machte jedenfalls immer die OSI-Studierenden aus. Und ich hoffe, dass das noch weiter so ist, dass wir noch nicht am Ende sind mit Bachelor und Master und allem drum und dran.

Bodo Zeuner war zur Zeit der Studentenproteste Assistent am OSI. 1978 wurde er Professor für Politikwissenschaft. Seine Schwerpunkte waren unter anderem Hochschulpolitik, Rechtsextremismus und Gewerkschaften. 2006 wurde er emeritiert. □



Soviel Zeuner war selten: eine Drittelseite *Foto: privat*

Standortbestimmungen...

Das „Protestsemester" des AStA stößt bei einigen Hochschulgruppen auf Kritik. „Undemokratisch beschlossen" findet es die Liberale Hochschulgruppe (LHG), „die demokratischen Strukturen werden nicht voll ausgenutzt" meinen die Jusos. Die OSI-Zeitung will an dieser Stelle und den folgenden Ausgaben Platz für Äußerungen politischer Gruppierungen geben.

von Benjamin Högerle

▷ *OZ: Mal ganz allgemein: Was haltet ihr von der Aktion Protestsemester?*

JUSOs: Wir freuen uns, dass sich viele Studierende engagieren, die sich sonst nicht im AStA oder anderen Gruppen hochschulpolitisch einbringen. Sie zeigen, dass es uns Studierenden alles andere als egal ist, was an unserer Uni passiert. Dennoch darf nicht vergessen werden, dass auch die demokratischen Strukturen voll ausgenutzt werden müssen. Dies ist momentan leider nicht der Fall.

LHG: Es ist an der FU allgemein so, dass pünktlich alle zwei Jahre größere Rekrutierungsaktionen der linksradikalen Gruppen stattfinden. Diese hatten historisch bedingt die Form von undemokratisch entschlossenen "Studi-Streiks", dieses Jahr hat es wohl nicht ganz gereicht und so wurde ein sogenanntes "Protestsemester" undemokratisch "beschlossen", um schon politisch radikal links orientierte Studenten zu ködern und in die AStA-Maschinerie einzuspannen.

OZ: Besteht denn dafür überhaupt eine Notwendigkeit, wenn ja, wo?

JUSOs: Zum Protestieren gibt es an unserer Uni leider genug Anlass. Die autoritäre Führung durch Dieter Lenzen, die sich nicht zuletzt in der Schließung der Fachbereichsbibliotheken ausdrückt, zeigt immer wieder, wie versucht wird, die Uni unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten umzubauen. Wir stehen dagegen für eine starke Gremien-Universität, an der alle Beteiligten an der Uni mitbestimmen können.

LHG: Um diesen Protest nach Kalender zu rechtfertigen, wurden allerlei Sachen zusammengesucht, die dem AStA gegen den ideologischen Strich gehen. Dass diese Sachen teilweise auch Aspekte ansprechen, die für studierende Menschen an der Uni reale Probleme darstellen, ist für die "Protestsemestler" eher zweitrangig. Die wirklichen Probleme hätten bereits mit seriöser und pragmatischer hochschul-politischer Arbeit angesprochen und gelöst werden können.

OZ: Ein Ansatz für Kritik im Rahmen des Protestsemesters ist die geplante Schließung / Zusammenlegung von Universitätsbibliotheken. Wie steht ihr zu diesem Vorhaben?

JUSOs: Die Schließung lehnen wir voll und ganz ab. Als einzige Liste haben die Jusos FU einen Antrag gegen die Zusammenlegung ins StuPa eingebracht, der an das Präsidium weitergeleitet wurde.

LHG: Das kommt ganz und allein darauf an, was für Konsequenzen dies für Studierende hat. Im jetzigen PolSoz-UB-Fall vermissen wir klare und verbindliche Ansagen seitens der Uni, was nun eigentlich genau passieren soll. Einige Konsequenzen wie mehr (Gruppen)Arbeits- und Leseplätze, längere Öffnungszeiten usw. sind sehr begrüßenswert, andere müssen noch genauer definiert werden. □



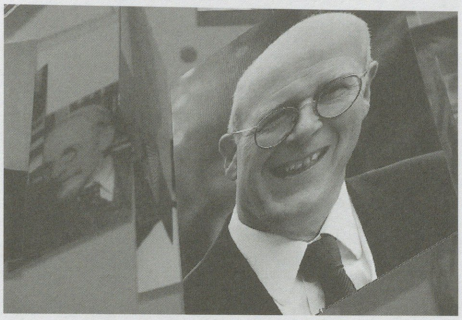
Das Protestsemester: Reminiszenzen an die Besetzung des Präsidiums *Foto: privat*

Der Fachbereichsrat

Teil 6 der Gremienerläuterung: Der Fachbereichsrat

von Gerrit Horak

▷ Es muss sich beim Fachbereichsrat um eine tolle Sache handeln, wenn neuerdings so viele Studis mehr dort erscheinen, als beim Institutsrat. Doch erstaunlicherweise gibt es viele Studierende, die überfragt sind, wenn es um die konkreten Aufgaben des prägnant mit FBR abgekürzten Hochschulgremiums geht. Hier also ein Leitfaden für das nächste Partygespräch: Der Fachbereichsrat kann eine ganze Menge wichtiger Dinge machen. Er darf Mittel im Fachbereich verteilen, Berufungsvorschläge einbringen, Satzungen erlassen und über Habilitationen entscheiden. Außerdem ist er für die „geordnete Durchführung" von Lehre und Forschung am Fachbereich zuständig – was auch immer man sich darunter vorstellen mag. Dreizehn Mitglieder sitzen im Fachbereichsrat. Die werden regelmäßig neu gewählt und setzen sich aus sieben Hochschuldozierenden, zwei akademischen MitarbeiterInnen, zwei Studierenden und zwei sogenannten „sonstigen" MitarbeiterInnen zusammen. Die Aufteilung mag man ungerecht finden, sie ist aber im Hochschulrahmengesetz festgeschrieben. Sollte übrigens dem Präsidenten irgendein Plan des FBR nicht schmecken, sind er, von ihm entsandte MitarbeiterInnen oder der Kanzler berechtigt mit Rede- und Antragsrecht an den Sitzungen teilzunehmen. Diese Idee konnte bisher mit der Verlegung der FBR-Sitzungen in die frühen Morgenstunden abgewandt werden. □



Kommt so früh nicht: der Präsident *Foto: VD*

Lieber Robert
Du warst uns ein geliebter und sehr guter Freund.
Wir sind sehr traurig, dass du von uns gehen musstest.
Du hast dein Leben intensiv und konsequent gelebt, und das bewundern wir.
Es ist nicht leicht für uns, dass du nicht mehr da bist.
Es war schön mit dir.

In Gedenken an

Robert Heber

1985-2008

Sarah Weihmann, Alsino Skowronnek, Reemt Behrens, Rima Hussein, Konstantin Kaiser, Andreas König, Alexander Peikert, Edwin Schotland, Jan Schröder, Felicitas Soeiro, Konrad Traupe, Birgitta Wodke, Jannes Zimmermann

Vive la Farce

Studentische Mitbestimmung wird an der FU nicht nur durch das Präsidium unterbunden. Auch der AStA tendiert dazu, unliebsamen Meinungen vorzubeugen.

von Christa Roth

▷ Unabhängig, solidarisch und demokratisch – das sind nur ein paar Schlagworte, mit denen sich der Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA) offiziell gern schmückt. Und wer sollte an der Integrität studentischer Würdenträger zweifeln? Schließlich setzt sich der AStA aus hochschulpolitisch Aktiven zusammen, ist von und für Studierende. Tatsächlich zeichnet sich jedoch nicht selten ein anderes Bild ab. So weigert sich der AStA beispielsweise trotz formalrechtlicher Rechenschaftspflicht den Verwendungszweck getätigter Ausgaben im Studierendenparlament (StuPa) offen darzulegen. (vgl. Bericht in OZ Nr. 4)

Zentralisiere alle Macht

Möglich ist das aufgrund der „Parallele zwischen Parlament/ Regierung und Studierendenparlament/AStA", wie die fehlende Gewaltenteilung nach eigener Darstellung harmlos umschrieben wird. Diese sieht nach den 27. StuPa-Wahlen Anfang des Jahres so aus, dass die AStA-Koalition aus Fachschaftsinitiativen, Regenbogenlisten sowie verschiedenen Interessengruppen und linken Listen im Parlament über die absolute Mehrheit verfügt. Die Opposition wird damit zum demokratischen Dekorelement degradiert. Effektive Hochschulpolitik ist unter diesen Umständen kaum möglich. Ein Grund für viele Studierende, bei den alljährlichen StuPa-Wahlen gar nicht erst wählen zu gehen. Die Gefahr, so genannte Tarnlisten zu wählen, hinter denen sich AStA-affine Gruppen verbergen, ist vielen zu groß, die sich durch den AStA nicht richtig vertreten fühlen.

Schränke die Meinungsfreiheit ein

Ganz im Stil der klassischen Politik werden unliebsame Stimmen durch den AStA einfach ignoriert oder gnadenlos angefeindet. Wer seine Meinung im institutionellen Rahmen des StuPa frei äußert, muss zum Teil mit Reaktionen rechnen, die an der Ernsthaftigkeit einer ordentlichen Sitzung zweifeln lassen. Etwaige kritische Aufforderungen der Opposition an den AStA, sich satzungsgemäß zu verhalten, werden mit zynischen „Ohh!"-Rufen quittiert. Von Respekt fehlt in solchen Momenten jede Spur. Stattdessen werden demokratische Prinzipien regelrecht pervertiert. Denn Meinungsvielfalt rechtsseitig eines radikallinken Standpunkts ist unerwünscht. Das wird durch die vermeintliche Geschlossenheit der Koalition demonstriert. Beispielhaft dafür ist wohl die vorerst letzte Sitzung des StuPas Ende April. Abgestimmt wurde nahezu ausschließlich en bloc. Eigentlich nicht ungewöhnlich, gäbe es nicht absurde Szenen wie diese: Ohne Kenntnis über den Abstimmungsinhalt, wollten Angehörige der AStA-Koalition während einer spontanen Raucherpause durch verschlossene Glastüren hindurch ihre Stimmkarten zum Einsatz bringen. Einziger Anhaltspunkt für ihre „freie" Meinungsbildung – in die Luft gestreckte Karten von FraktionskollegInnen im Sitzungssaal.

Erzeuge ein subversives Klima

Es sieht ganz danach aus, dass existierende Missstände nicht ausreichen, um als StuPa gemeinsam zu agieren. Auch hier verdeutlicht eine beispielhafte Situation die haarsträubenden Zustände. Ein von den Jusos eingebrachter Antrag, sich öffentlich gegen die vom Präsidium geplante „Abschaffung der 30-LP Modulangebote" im Bachelorsystem auszusprechen, wäre fast an einem nicht nur unhaltbaren, sondern auch völlig unsinnigen Vorwurf eines AStA-Vertreters, „parteipolitisch gefärbt" zu sein, gescheitert. Nur was hat die Nähe zu einer Volkspartei mit einer sinnvollen Aktion gegen Lenzens Pläne, die Angebotsvielfalt einzuschränken, zu tun? Statt FU-Internes zu besprechen, rauben vermeintlich lustige Anträge auf „Erstattung […] der Portokosten für die Einladung zum StuPa" bei Selbstabholung „in Form wohltemperierten Biers" wertvolle Diskussionszeit. VetreterInnen anderer Listen haben somit kaum die Chance, ihre Interessen zu artikulieren. Aber auch der AStA hat ein Einsehen: Nachdem die beiden obligatorischen Sitzungen für dieses Semester abgehalten wurden, hat die AStA-Koalition beschlossen, das StuPa vorerst nicht wieder einzuberufen. ▷▷



Lustige Bieranträge statt inhaltlicher Auseinandersetzung - der AStA *Foto: VD*

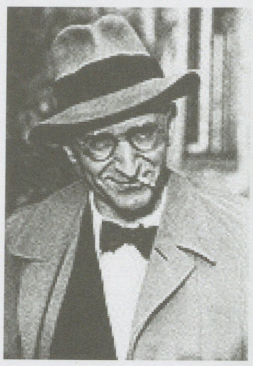
Hochschulpolitik geht anders

Wie rechtfertigt der AStA dieses Vorgehen? Zieht mensch die Rechenschaftsberichte einzelner Referate von 2007/08 heran, folgt die bittere Erkenntnis darüber, dass im letzten Jahr bis auf die Arbeit von Sozial- und Fachschaftsreferat kaum überzeugende Ergebnisse erzielt wurden. Als Beispiel dient hier der 12-zeilige(!) Jahresbericht des Referats für Studienangelegenheiten. Dort steht unter anderem, dass „auch in dieser Wahlperiode [...] verfolgt [wurde], wie sich das CampusManagement-System entwickelt hat". Weitere Ausführungen darüber, was mensch sich darunter vorzustellen hat, wie diese Arbeit genau aussah, gibt es nicht. Auch angesichts einer „Aufwandsentschädigung in Höhe des Förderungshöchstsatzes des BAföG [...] für ein Mitglied jedes Referats und den Vorsitzenden und die stellvertretenden Vorsitzenden" laut Satzung der Studierendenschaft unter Punkt V AStA §9 (4) eigentlich keine berauschende Bilanz. Im Auge behalten wird CM immerhin von etwa 30.000 anderen Studierenden.

Demokratie wagen

In diesem Zusammenhang einige Anmerkungen zur Debatte um die aktuelle Protestkultur an der FU. Dass es den engagierten Veranstalterinnen und Veranstaltern des „Protestsemesters" trotz intensiver Organisation nicht gelungen ist, massenhaft Studierende auf die Barrikaden zu bringen, liegt sicher nicht nur an der Unplanbarkeit von Protestbewegungen und einer fehlenden „Initialzündung", die das Fass zum Überlaufen bringt. Der Unmut der Studierenden 2008 ist angesichts eklatanter Missstände durch überstürzte Reformwut und rigorose Zwangsparmaßnahmen, unter deren Folgen sie wohl am meisten leiden, nicht gering.Eher zeigt sich, dass studentischer Protest auch nach 40 Jahren mit denselben Problemen zu kämpfen hat. Während die einen moderat sind, treten die anderen zunehmend radikal auf. Anstatt sich auf gemeinsame Ziele zu besinnen und durch Kompromissbereitschaft eine breite Front gegen die tatsächlichen Widersacher zu bilden, verhindert ideologische Borniertheit oft, dass sich auch weniger aktivistische, aber gleichermaßen betroffene Studierende angesprochen fühlen, ihre Rechte einzufordern.

Solange der AStA seine Prinzipien nicht glaubwürdig nach außen vertritt und es nicht schafft, seiner Aufgabe gerecht zu werden, für die studentische Mehrheit Sprachrohr und Vertretung zu sein, wird es nicht gelingen, bestehende Verhältnisse zu überwinden und kommende Repressionen zu verhindern. □



OSI CLUB

Verein der Freundinnen und Freunde des Otto-Suhr-Instituts e.V.

Kontakte kannst Du nie genug haben.

Auch Studierende können Mitglied im OSI-Club werden!
Der OSI-Club bildet ein Netzwerk von Studierenden, Absolventen und Angehörigen des OSI und engagiert sich für das Institut:

- Wir tragen in unseren Förderbereichen „Afrika“ und „Politik & Kommunikation“ zur Lehre bei.
- Wir organisieren speziell für's OSI eine Online-Praktikabörse.
- Wir veranstalten den Berufspraxistag als Infoveranstaltung für Studierende und Besuche am Arbeitsplatz von OSI-Absolventen.
- Wir kümmern uns um die Qualität der Lehre - mit dem Lehrbeauftragtenabend und dem LorBär für herausragende Lehre.
- Wir zeichnen herausragende Abschlussarbeiten aus.

Der OSI-Club hat mittlerweile über 700 Mitglieder - in Berlin und weltweit. Ob bei ARD oder ZDF, ob bei Daimler oder DGB, ob in Abgeordnetenhaus oder Bundestag, ob bei taz oder Tagesspiegel: OSI-Clubber finden sich überall.

Vorteile (für 1.66 € / Monat oder 20 € / Jahr)

➔ Du unterstützt schon im Studium die vielseitigen Club-Aktivitäten.

➔ Du wirst bei Clubveranstaltungen mit begrenzter Teilnehmerzahl bevorzugt.

➔ Du behältst Deine ZEDAT-Adresse nach dem Studium.

➔ Du kannst aktiv mithelfen und mitgestalten, wo andere nur passiv konsumieren.

Mehr Infos? Mitglied werden oder Nachfragen?

Beitrittsformular auf www.osi-club.de/Mitglied runterladen, ausfüllen und abschicken!
Oder eine E-Mail an info@osi-club.de schreiben.

-ANZEIGE-

un ▷ AUSGESPROCHEN

Sonderseite der OSI-Zeitung, 6. Ausgabe, 8.Juli 2008

▷ Welches Verständnis von einem ehrlichen Diskurs sollte am größten politikwissenschaftlichen Institut Deutschlands herrschen? Sollte es nicht ein ehrlicher Diskurs sein, bei dem sich alle TeilnehmerInnen zu ihrem Wort bekennen? Sollte es nicht ein verlässlicher Diskurs sein, bei dem die TeilnehmerInnen darauf vertrauen können, dass alle Seiten ernst genommen und gehört werden dürfen? Sollte man am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft nicht einen transparenten Diskurs erwarten können?

Aber welches Verständnis von einem Diskurs herrscht an unserem Institut, wenn der eigenen Studierendenzeitung Interviews gegeben werden, um sie im nächsten Moment zu widerrufen? Das ist nicht mehr verlässlich, das ist auch nicht ehrlich. Freie Meinungsäußerung ist ohne Angst vor negativen Konsequenzen am OSI offensichtlich nicht mehr oft möglich. Es hat nichts mit Transparenz zu tun, wenn Zitate willkürlich nicht autorisiert oder Anfragen ignoriert werden und versucht wird, die Stoßrichtung von Artikeln zu beeinflussen.

Die OSI-Zeitung wurde als Institution geschaffen, die Transparenz am Institut fördern sollte und wollte. Das wollen wir immer noch. Diese Idee wurde auch von Dozierenden mitgetragen. Doch wenn alle schweigen, weil sie fürchten, etwas Falsches zu sagen, dann ist es mit der Transparenz nicht weit her.

Wir werden dann in den Bereich des Spekulativen getrieben. Und gerade dieses Verhalten, dieses Zurückhalten der eigenen Meinung, führt am Ende meist dazu, dass die EntscheidungsträgerInnen stärker und kritische Stimmen immer schwächer werden. Kritische Betrachtungen des Gesagten sind nicht mehr erbeten und auch die OSI-Zeitung kann und darf zum Teil nicht veröffentlichen, was vielleicht mal gesagt werden müsste. Ist kontrollierte Kommunikation das Ziel? Wie viel Wert hat solche Kommunikation dann noch? Hat sie einen? Was nützt eine Aussage, die nicht öffentlich werden darf? Was aber noch mehr interessiert: Warum darf eigentlich so vieles nicht mehr öffentlich werden? □

Die Redaktion der OZ

Juristisches Gutachten bestätigt:

Mauschelei um Professuren am OSI ist rechtswidrig

Der neue Strukturplan ist rechtswidrig. Das ist das Ergebnis des unabhängigen Rechtsgutachtens, das der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) in Auftrag gegeben hat und das jetzt vorliegt. Der Befund lautet: Die vom Fachbereichsrat (FBR) am 4.6.08 beschlossene Strukturplanänderung war **rechtswidrig, da Struktur- und Personalentscheidungen vermengt worden sind.** Instituts- und Fachbereichsrat hatten die Einrichtung zweier Professuren beschlossen, die von Anfang an mit den Namen Sven Chojnacki (Vergleichende Politikwissenschaft und empirische Friedensforschung) und Christoph Zürcher (Vergleichende Politikwissenschaft und Sicherheitspolitik) verknüpft waren. Das Rechtsgutachten betont, dass erst eine Stelle im Strukturplan eingerichtet sein muss, bevor über ihre Besetzung entschieden wird. **Somit ist dem gesamten Berufungsverfahren die Rechtsgrundlage entzogen.**

Im FBR am 18.6.08 hatte die Studiendekanin Sabine von Oppeln von einem **"schlanken Berufungsverfahren"** gesprochen, das mit dem Rechtsamt der FU abgesprochen sei, allerdings konnte sie keine Rechtsgrundlage nennen. In derselben Sitzung wurde im nichtöffentlichen Teil eine Berufungskommission für beide Stellen eingesetzt, die die bereits feststehenden Kandidaten ohne öffentliche Ausschreibung bestätigen sollte. Um zu klären, ob dieses Vorgehen rechtens war, gab der AStA ein Rechtsgutachten in Auftrag.

Eine befristete Stelle darf laut Gutachten nicht ohne öffentliche Ausschreibung entfristet werden, weil sonst die **„Bestenauslese“ und der Gleichbehandlungsgrundsatz im Grundgesetz nicht berücksichtigt sind.** Sowohl Zürcher als auch Chojnacki haben bislang befristete Stellen – Zürcher eine W2-Professur auf Zeit, Chojnacki eine Juniorprofessur ohne "Tenure Track", also ohne die Möglichkeit, sie in eine Vollprofessur umzuwandeln. Darüber hinaus stellt das Rechtsgutachten fest, dass die geplanten Berufungen der zwei "weißen" Männer **gegen das Allgemeine Gleichstellungsgesetz und die Frauenförderrichtlinie der FU Berlin verstoßen.**

Wir fordern:

- den sofortigen Stopp der rechtswidrigen Berufungsverfahren
- die Rücknahme der Strukturplanveränderung durch den Institutsrat und den Fachbereichsrat
- eine breite Auseinandersetzung über die Ausgestaltung des Strukturplans am OSI im kommenden Semester

-> Kommt am Mittwoch 16.7. in den Fachbereichsrat um 9 s.t. in 21/HS B

-> Verhindern wir, dass in den Semesterferien über unsere Köpfe hinweg entschieden wird

Studentische Initiative für Politische Theorie am OSI
pol.theorieosi@googlemail.com